



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 5. Oktober 1884.

Nr. 466.

Dritter deutscher Sparkassentag.

Wetmar, 2. Oktober.

In dem festlich decorirten großen Stadthaus-
saale fand heute Nachmittag der deutsche Sparkassen-
tag statt, welcher von etwa 100 Theilnehmern aus
allen Theilen Deutschlands besucht worden war. In
Auftrage des Komitees eröffnete zunächst der Vor-
sitzende, Redakteur Lammert-Bremen, die Ver-
sammlung, worauf der Oberbürgermeister Pabst
Wetmar, die Anwesenden herzlich willkommen hieß,
indem er besonders darauf hinwies, daß das Inter-
esse des Kongresses mit dem jeder Gemeinde zusam-
menhänge, und daß die Hebung der Interessen der
Sparkassen mit der Hebung der Interessen des Staa-
tes gleichbedeutend sei.

Durch Allokation wurde das Bureau aus fol-
genden Herren gebildet: Oberbürgermeister Pabst
Wetmar, Kaufmann Seyffardt-Krefeld, Dr. jur. Hyden-Essen
und Redakteur Lammert-Bremen, sowie Registrator Mohr
als zweiter Schriftführer.

Dann besprach zunächst Oberbürgermeister
Hache-Essen die Uebertragbarkeit der
Einlagen, worunter die Einrichtung zu verstehen
ist, daß die Spareinlagen ohne weiteres jeder anderen
Sparkasse überwiesen werden können, so daß man
also event. in Düsseldorf einzieht, und bei einer Ver-
setzung vielleicht nach Königshagen unmittelbar mit der
dortigen Sparkasse in Verbindung treten könne, ohne
daß man, wie sonst, Zinsverluste tragen müsse, die
dadurch entstünden, daß die meisten Sparkassen in
dem Monat, in welchem man einzieht, keine Zinsen
gäben, wie auch in dem Monat, in welchem man
das Kapital abzieht, nur wenig Zinsen erhalten würde.

Zinsverlust von 2 Monaten erwachsen müßte. Habe
man aber die Uebertragbarkeit der Einlagen allgemein
eingeführt, so wäre es einleuchtend, daß den Sparern
große Vorteile und Bequemlichkeiten erwachsen.
Zum ersten Male ist man der Frage aus dem Spar-
kassentage in Darmstadt näher getreten und dieselbe
sei nicht bloß im akademischen Rahmen geblieben,
sondern man habe sie praktisch bereits durchgeführt.
Sachen habe dem Anfang gemacht, es sei dann die
Rheinprovinz gefolgt und einige braunenburgische
Städte, und überall, wo man die Frage praktisch zur
Ausführung gebracht, habe man die Zweckmäßigkeit
erkannt. Für den kleinen Sparer erwache dann
auch noch der nicht zu unterschätzende Vorteil, daß
er bei einem etwaigen Umzug in eine andere Stadt
nicht in Verlegenheit gerathe, unnötige Ausgaben zu
machen.

Vor allen Dingen aber müsse man das Projekt
der Postsparkassen im Auge haben, die von
Reichswegen eingeführt werden sollen. Sie werden
auf das ganze Sparkassenwesen, wenn es sich nicht
andere organisiere, von schwer schädigendem Einfluß
sein. Niemand denke daran, die Postsparkassen als
solche zu bekämpfen, da sie die Sparbarkeit im Volke
erheblich fördern würden, aber sie seien ganz ent-
scheidend dadurch, daß man überall und zu jeder Zeit
Spareinlagen bewirken könne, geeignet, den Privat-
und Kommunal-Sparkassen eine empfindliche Konkur-
renz zu bereiten. Wenn man ja betreffs der in
Ausicht genommenen Uebertragbarkeit der Sparein-
lagen geringe Unkosten und kleine Mißbehaltungen
nicht vermeiden können, so ständen die kleinen
Unkosten doch nicht im Vergleich zu dem großen
Nutzen, den eine derartige Einrichtung auf der an-
deren Seite köste, im Gegenstheil, sie seien verschwin-
dend klein. Nachdem Redner, im Vergleich mit der-
artigen Einrichtungen anderer Städte, Düsseldorf als
Muster hingestellt und noch darauf hingewiesen, daß
die Frage bereits international bezüglich Frankreich,
Holland und Belgien behandelt würde, beantragte der-
selbe die Annahme folgender Resolution: „Der
dritte deutsche Sparkassentag erach-
tet die Einführung der Uebertragung
der Spareinlagen für geboten und
empfiehlt den Sparkassenverwal-
tungen die Annahme der Düssel-
dorfer Normen.“

Als Korreferent fungirte Beigeordneter Graemer-
Düsseldorf, während der andere designirte Korreferent,
Landrath Dr. v. Wittenburg Neustadt (Oberschlesien),
durch Krankheit am Erscheinen verhindert war. —
Referent Graemer war der Ansicht, daß, wenn auch
vielleicht die Postsparkassen noch nicht in so naher
Ausicht wären, man immerhin doch jeden Augenblick
bereit sein müsse, ganz abgesehen davon, daß es Auf-
gabe des Sparkassentages sei, die Sparkassen auf die
Höhe zu bringen und hierzu sei die Uebertragbarkeit
der Spareinlagen nur ein Glied der Kette. Redner

ging dann auf die Postsparkassen des Näheren ein
und versuchte den Beweis, daß es jenen Klassen nicht
möglich sei, mehr als 2 1/2 pCt. zu zahlen, da der
Staat die Gesamtgeschäftsführung, mithin auch die
Gesamtkosten tragen müsse. Dann sei es aber
auch für den Sparer von hohem Werthe, im Falle
der Noth seinen Besitz realisiren zu können, die Post
aber müsse Effekten anschaffen, die dem jeweiligen
Kurse unterworfen seien, und so bekomme der Sparer
sein volles Besitztum unter Umständen nicht zurück-
erstattet. England habe mit seinen Postsparkassen
keine bedeutenden Ueberschüsse erzielt und auch in Hol-
land habe man mancherlei unpraktische Einrichtungen,
wie z. B. die theilweise Uebertragung der Sparein-
lagen, gegen die er, Referent, sich ganz entschieden
ausprechen müsse. Der Vorschlag der neuen Insti-
tution aber müsse, wenn er fruchtbringend wirken
solle, vom Sparkassentag ausgehen. Die
einzelnen kleinen Bedenken müßten gegenüber den Vor-
theilen, die sämtliche Sparkassen mit aller Bestimm-
theit zu erwarten hätten, entschieden schwinden, und
durch die Popularisirung der Sparkassen würden die
Sparer im erhöhten Maße herangezogen werden.

Kaufmann Seyffardt-Krefeld erklärte sich mit
dem Grundgedanken der beiden Vorredner einverstan-
den, betonte aber, daß er mehr der Ansicht junger
Leute, die Interessen des sparenden Volkes zu wahren, wäh-
rend die Referenten mehr im Interesse der Kommu-
nal-Sparkassen gesprochen hätten, die sehr reformbe-
dürftig seien. Die Postsparkassen, welche nur durch
Einwirkung höheren Willens noch nicht zur Ausfüh-
rung gelangt seien, hätten den großen Vorteil, daß
man, während bei den Privat-Sparkassen 2 1/2 pCt. nur
an einzelnen Tagen, ja nur zu einzelnen Stunden
Zinszahlungen gestatteten. (Widerspruch in der Ver-
sammlung). Daher müsse man reformiren und die
Sparkassen nicht zu Depositenbanken, sondern zu einer
Sparkasse des armen Mannes machen.

In unzweideutiger Weise ging hierauf Stadt-
rath Dulo-Brandenburg der Errichtung der Post-
sparkassen zu, die er als staatssozialistische Idee
bezeichnete, welche man bekämpfen müsse und mit vol-
lem Recht könne man an den Staatssekretär die Frage
richten, ob denn die Sparkassen verdient hätten, mit
einem Schläge außer Acht und Geseß gestellt und
verpflichtet zu werden. (Beifall.) Den Postsparkassen
sei nur schwer Konkurrenz zu machen, da die
Privat-Sparkassen nicht dahin kämen, daß ihre Ge-
schäftskalkulationen den ganzen Tag geöffnet; soviel An-
nahmestellen wie die Post kann nie die Sparkasse ha-
ben, und soviel Agenten, vom Staatssekretär herunter
bis zum Landbriefboten, kann ein Privatunternehmen
niemals aufweisen. Man habe an maßgebender Stelle
angefragt, ob es nicht möglich sei, mit der Post zusam-
men zu treten, sei aber ablehnend beschieden worden,
woraus deutlich ersichtlich, daß der Staat die Spar-
kassen bekämpfen wolle. (Rufe: Hö! Hö!) An
der Hand eines reicheren Zahlenmaterials von den Nach-
barländern belegte Redner die gefährliche Konkurrenz
und wies darauf hin, wie notwendig es sei, daß die
deutschen Sparkassen Bewaltungen mit Reformen vor-
gingen, und daß das Bureau ersucht werde, in die-
ser Frage agitatorisch einzugreifen, damit man dem
Staatssekretär zeige, daß man nicht genügt sei, ohne
Kampf das Feld zu räumen, und der Staat solle
nicht da eintreten, wo er nicht gefaßt habe. Während
Redner noch die derartige Einrichtung der Sparkas-
senbücher befürwortete, so daß man auf Grund der-
selben bei jeder beliebigen Sparkasse Geld erheben
könne, war Bürgermeister Hermann-Großbein in der
Meinung, daß die Uebertragbarkeit der Einlagen nur
durch eine gesetzliche Regelung, durch den Reichstag
oder Landtag erfolgen könne.

Dem entgegen machte Bürgermeister Zweigert-
Guben den Vorschlag zur Errichtung einer Zentral-
stelle, bei der jede Sparkasse ihr Konto habe, und
wohin seitens der einzelnen Sparkassen die Uebertra-
gungen mitgetheilt und das gegenseitige Debit und
Kredit festgestellt werden solle. Regierungsrath Kunze-
Merseburg entrollte sodann ein Bild von dem Ueber-
tragungsverfahren in Oppeln im Vergleich zu Düsseldorf
und stellte den Antrag, daß die ganze Sache einer
Kommission zur Berathung übergeben werden solle; und
daß die zuständigen Behörden veranlaßt werden sol-
ten, die ihrem Bezirke unterstellten Sparkassen zum
Beitritt in den Verband zu veranlassen. Was die
Postsparkassen aber betrifft, so müsse man ihnen ge-
genüber Stellung nehmen und im Reichstage seien
alle Parteien darüber einig, daß die pure Einführung
jener Klassen nur revolutionär wirken könne.

Nachdem noch Direktor Clausen-Bremen sich mit
Bezug auf die leichte Fälschung der Sparkassenbücher
gegen die derartige Verwendung derselben ausge-
sprochen und den Referenten das Schlüsselwort ertheilt
worden war, wurde der Antrag Hache ein-
stimmig angenommen.

In sehr ausführlicher Weise sprach hierauf Re-
gierungsrath Dr. Köcher-Dresden über die „Begren-
zung der Einlage nach oben hin“, sowie über die
Bemessung des Zinsfußes. Redner erläuterte auf
Grund eingehender Studien und reichhaltigen Beleg-
materials die Gefährlichkeit der Extreme nach dieser
Richtung hin und somit die Gefährdung der Spar-
kassen selbst des Näheren, wobei er darauf hinwies,
daß die Banken den Zins hätten, durch vorüber-
gehende Einzahlungen den Betreffenden einen Erwerb
zu sichern, während die Sparkassen als Vermögens-
verwaltungen zu betrachten seien. Der oberste leitende
Grundsatz bei den Sparkassen müsse die vollkommene
Sicherstellung des Vermögens sein, während die Ban-
ken nur bis zur Höhe des Aktienkapitals haften.
Der Wirkungskreis der Sparkassen sei nur ein enger,
lokal bedingter, während die Banken durch ihre größe-
ren Verbindlichkeiten ein erweitertes Feld ihrer Thä-
tigkeit hätten. Die Bank solle das große Publikum,
die Kaufleute und Gewerbetreibenden unterstützen,
während die Sparkasse für den Sparer, den Ge-
schäftsunkunbigen berechne sei. Aus alledem gehe aber
heraus, daß die Sparkassen keine Bankgeschäfte machen
sollen, da dies immer zu Unfällen zu Folge habe
und die Institute der hohen sozialen Bestimmung, die
ihnen zugewiesen, dann nicht immer erfüllt werden.
Staatsrath Dulo-Brandenburg mußte der
vorgerückten Zeit halber von seinem Vortrag „Bethei-
ligung der Sparer am Reingewinn“ absehen und
konnte sich nur auf einige Bemerkungen im Sinne
des Vortrages beschränken. — Mit dem den Re-
ferenten vom Vorsitzenden ausgesprochenen Danke wurde
die Versammlung 1/2 Uhr geschlossen. (B. L.)

Deutschland.

Berlin, 4. Oktober. Ueber die Schwierigkeiten
bei der Bildung von Berufs-Genossenschaften schreibt das hier erscheinende „Centralblatt für die Textil-Industrie“, welches die Inter-
essen dieser Industrie mit großer Umsicht vertritt:

Die Sozial-Kommission verlangte Berufs-Genossenschaften, und der dritte Entwurf trug diesem
Wunsche Rechnung. Allem Anscheine nach schwebte
den Uebern dieses Planes ein allgemeiner sozialer
Gedanke vor. Man dachte dabei vielleicht einen
sensitiven Schritt zu einer genossenschaftlichen Ueber-
windung aller Berufsstände, beziehungsweise zu einer stän-
dischen Interessenvertretung zurückzulegen, in welcher
die reaktionären Parteien vielfach das Heil der Gesell-
schaft erblickten. Ueber dieser Art werden indessen die
Berufs-Genossenschaften der Unfall-Versicherung schwer-
lich verwirklichen, und man wird schon recht zufrieden
sein müssen, wenn dieselben nur in ihrer beschränkten
Sphäre nicht zu schwerfällig funktionieren. Bis jetzt
verursacht schon die Bildung der freiwilligen Berufs-
Genossenschaften eine heillose Verwirrung.

Das Geseß hat offenbar darin einen Fehler ge-
macht, daß es den Begriff der Berufs-Genossenschaf-
ten nicht genauer präzisirte und nicht die Bestimmung
traf, daß die Genossenschaften entweder über ganz
Deutschland oder über ganz bestimmte Bezirke sich zu
erstrecken hätten. Niemand weiß jetzt, was er unter
den Berufs-Genossenschaften zu verstehen hat. Sind
Eisen-Bergwerks-Besitzer, Eisenhämmer, Lokomotiv-
oder Waggonbauer, Fabrikanten von Werkzeugmaschinen,
Nähmaschinen, Nähmaschinen, Messern, Gewehren u. s. w.
Berufs-Genossen? Oder sind Spinner, Weber,
Drucker, Färber, oder Leinwand, Baumwoll-, Woll-
und Seiden-Fabrikanten Berufs-Genossen? Darüber
sind die Meinungen grundverschieden. Formulirte An-
träge auf Einberufung von General-Versammlungen
betrüßte Beschlußfassung über die Bildung von Ge-
nossenschaften scheinen bisher nur sehr wenige an das
Reichs-Versicherungsamt gelangt zu sein. Im Uebrigen
ruht die Angelegenheit noch bei den verschiedenen Be-
rufs- oder Provinzial-Bezirken, zu denen aber erst nur
ein kleiner Theil der betreffenden Industriellen gehört.
So umfaßt der Zentralverein deutscher Wollwaaren-
Fabrikanten thatsächlich nur einen geringen Bruchtheil
der deutschen Wollen-Industriellen, und kann mit
nichten als ein maßgebendes Organ derselben betrach-
tet werden. Ebenso steht es mit anderen Vereinen.
Wo die gleichen oder verwandten Industriezweige sich
nicht schon früher zu Vereinen zusammengeschlossen

haben, steht es um die Initiative zur Bildung von
Bundes-Genossenschaften womöglich noch schlimmer.

Jetzt steht, wie offiziöse Blätter andeuten, das
Reichs-Versicherungsamt seine Hoffnung auf den Zen-
tralverband deutscher Industrieller, der zum 3. und
4. Oktober alle Industriezweige zu einer gemeinsamen
Berathung des Gegenstandes nach Frankfurt a. M.
geladen hat. Uns scheint jedoch wenig Grund vor-
handen zu sein, von dieser Versammlung eine Klä-
rung der verworrenen Absichten und Strömungen zu
erwarten. Der Zentralverband umfaßt nicht im ent-
ferntesten sämtliche Industriellen des Reiches, noch ge-
nügt es einer hinreichenden Autorität, um seinen Vor-
schlägen Gewicht und Nachdruck zu verschaffen. Auch
ist es kaum denkbar, daß in einer Gesellschaft, wie
diese, mit so viel Köpfen und Stimmen, in wenigen
Tagen ein so vielfältiger Gegenstand befriedigend
behandelt werden könnte. Eine solche Konferenz, wie
man sie jetzt veranstaltet, hätte viel früher, schon un-
mittelbar nach dem Erlasse des Geseßes, bestritten wer-
den sollen, ehe noch einzelne Vereinigungen und Be-
zirke zu bestimmten Entschlüssen gelangt waren. Den
Ersatzern, Rheinländern u. s. w., andererseits dem
Vereine der deutschen Leinen-Industriellen und ande-
ren über das ganze Reich sich erstreckenden Verbänden,
wird die Bildung der bezüglichen Genossenschaften
nicht verweigert werden können. Der ersäffte An-
trag geht beispielsweise von 62 Firmen mit über
32,000 Arbeitern aus und erfüllt daher reichlich die
Bedingungen, welche das Geseß vorschreibt. Und dem
Beschlusse der General-Versammlung kann der Bun-
des-Verein gebildet werden, oder die Anzahl der
in denselben beschäftigten Arbeiter zu gering ist, um
die dauernde Leistungsfähigkeit der Genossenschaft in
Frage zu stellen. Man wird froh sein, überhaupt
einige gesunde Keime freiwilliger Genossenschaften vor-
zufinden, und ihnen sicherlich kein Hinderniß in den
Weg legen, wenn auch die provinzielle Begrenzung
derselben ursprünglich nicht erwünscht sein mochte.
In demselben Falle, seine Zustimmung nicht versagen
zu können, wird sich der Bundesrath den meisten übri-
gen Vereinigungen gegenüber befinden.

Was aber soll aus allen denjenigen Industrie-
zweigen oder provinziellen Gruppen werden, die sich zu
keinem gemeinschaftlichen Vorgehen aufraffen oder kei-
nen Abschluß an andere Gruppen finden können?
Nach § 13 des Geseßes werden für diese Industrie-
zweige die Berufs-Genossenschaften durch den Bundes-
rath nach Anhörung von Vertretern der betheiligten
Industriezweige gebildet. Ob dies sich dabei das zur
Bildung von Berufs-Genossenschaften vorhandene Ma-
terial als sehr spröde erweisen.

Wie mehreren Blättern von hier geschrieben
wird, würde demnächst die Marineverwaltung mit der
Forderung einer Summe zum Ankauf und Ausri-
stung eines Transportdampfers behufs Ablösung der
Besatzung der auf überseeische Stationen entsandten
Schiffe vortreten. Bei dem für die Marine gelten-
den Retruirungssystem können die auf überseeische
Stationen entsandten Schiffe immer nur zwei Jahre
auf den Stationen belassen werden, weil die Besatzung
dann behufs Entlassung nach der Heimath zurückge-
schickt werden muß. Nach den gemachten Erfahrun-
gen würden die Schiffe aber mit Rücksicht auf ihren
baulichen Zustand bei der Ausendung — Unglücks-
fälle abgerechnet — statt zwei, mindestens vier Jahre
auf der auswärtigen Station bleiben können, ehe sie
größerer Reparaturen wegen in die Heimath zurück-
berordert zu werden bräuchten. Ueberdies verursachen
nach der Ansicht der Marineverwaltung zu kurze In-
dienststellungen eines verhältnißmäßig größeren Auf-
wandes an Geld, Material und Arbeitskräften der
Wartung für Reparaturen. Die Marineverwaltung
erachtet es deshalb schon seit Jahren für vorthellhaf-
ter, die Schiffe so lange wie möglich auf den über-
seeischen Stationen zum Schutze der deutschen Inter-
essen zu belassen. Um dies zu ermöglichen, muß ein
Wachsel der Schiffbesatzung auf den auswärtigen
Stationen selbst vorgenommen werden können, wozu
es eines Transportdampfers bedürfte, welcher die Ab-
lösung der Mannschaft vermittelt.

Nachdem die Dauer des medizinischen Stu-
diums durch die Bekanntmachung über die ärztliche
Prüfung von 1883 auf mindestens neun Jahre
festgesetzt worden ist, erscheint es einer Verfügung des
Kulturministeriums zufolge unbedenklich, die Bestimmung
der Statuten der Universität Berlin, wonach das aka-
demische Bürgerrecht durch den Ablauf von vier Jahren
seit der Immatrikulation erlischt, in dem Sinne als

abgeändert anzusehen, daß an Stelle der vier Jahre für die Studierenden der Medizin nunmehr vierzehnjährig Jahre getreten sind.

Die österreichische Regierung plant, wie sie oft schon verlaubt hat, die Auflösung sämtlicher Handelskammern mit Ausnahme derjenigen von Prag und Triest. Motiviert wird die Maßregel dadurch, daß eine große Anzahl von Handelskammern Ende dieses Jahres die Ergänzungswahlen vorzunehmen hat, und ein anderer Teil auf Grund der alten Wahlordnung sich bereits konstituiert hat; es würde also die Umgestaltung der Kammern im Sinne der neuen Statuten erst in den Jahren 1887-1890 zur vollen Wirkung kommen, wenn nicht zu dem radikalen Mittel der Auflösung gegriffen würde. In den Wiener liberalen Kreisen vertritt man sich indessen nicht der hohen politischen Wichtigkeit des angelegentlich Schrittes. Die Handelskammern sind in Österreich bekanntlich Körperschaften, deren das Wahlrecht für den Reichsrath und die Landtage zusteht. Im nächsten Jahre finden die allgemeinen Wahlen zum Reichsrath statt, und es besteht offenbar der Wunsch, daß schon bei diesen die Handelskammern die Wahlreform ihre Wirkung in Bezug auf die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses äußere. Die „N. Fr. Pr.“ erblickt sogar in der Maßnahme eine indirekte Stellungnahme der Regierung zum Wahlreformprojekt des böhmischen Landesausschusses, insofern man sich in tschechischen Kreisen der Hoffnung hingiebt, die deutschen Handelskammervertreter, welche von den aufgelösten böhmischen Kammern gewählt sind, zur Niederlegung ihrer Landtagsmandate zwingen und auf solche Weise jene Stimmzahl noch verringern zu können, welche die verbündeten Tschechen und Deutlichen von der zur Durchführung der Wahlreform erforderlichen Dreiviertel-Majorität noch trennt.

In Folge der beschlossenen Ausrüstung eines westafrikanischen Geschwaders sind auch die Karten- und Instrumenten-Depots bei den kaiserlichen Werften zu Kiel und Wilhelmshafen in lebhaftiger Thätigkeit verfaßt. Die fortlaufende Verbesserung der Seekarten und die Ausrüstung unserer Kriegsschiffe mit diesen Karten erfordert eine ganz besondere Sorgfalt. Ein Schiff, welches eine größere überseeische Reise macht, bedarf von Hause aus einer Ausrüstung von 1000 bis 1500 Seekarten, wenn es jede benötigte Karte in einem Exemplar mitnimmt. Bei jeder Fahrt müssen deshalb gegen 40,000 Stück Seekarten vorräthig gehalten werden. Da aber ohne Unterbrechung seitens der verschiedenen Küstenstaaten Verbesserungen oder Änderungen in den zur Erleichterung des Navigirens erzielten oder ausgelegten Seezeichen vorgenommen, und auch fortgesetzt neue Vermessungen, Entdeckungen oder Feststellungen in Bezug auf Riffe und sonstige Gefahren gemacht werden, so bedarf fast eine jede der zahlreichen Karten, soz. B. der Ostindien, fremde Meere zu entfernenden Schiffen die sorgfältigste Revision. Die Verbesserungen erfolgen auf Grund besonderer Anweisung des hydrographischen Amtes. Neben den Karten bilden ein nothwendiges Hilfsmittel der Navigation die Segelanleitungen und die Leuchtfenerzeichnisse. Für jeden Dean erscheinen diese gesondert und bilden daher ebenfalls eine ansehnliche Sammlung, die ebenso wie die Karten zu verbessern sind. Ferner sind für die sichere Navigation eines Schiffes neben den Karten und Segelanleitungen zweckmäßige und zuverlässige Instrumente unabwiesbare Bedingung. In Deutschland werden die besten nautischen Präzisionsinstrumente in Berlin hergestellt und von der Marine auch meistens hier bezogen, während in Kiel und Wilhelmshafen nur einfachere Instrumente herstellbar und reparierbar sind. Mit Ausnahme der Chronometer werden alle feineren Marineinstrumente für den Schiffsbedarf direkt vom dem hydrographischen Amt bestellt und abgenommen. Der Werth der bei den Werften in Aufbewahrung befindlichen Instrumente ist ein recht erheblicher, die Kosten der Instrumentenausrüstung einer einer einzigen gedachten Korvette belaufen sich z. B. auf 13,300 M. Die Instrumenten-Depots haben die Instrumente zu konserviren und beständig zu kontrolliren und die Kompaße zu reguliren. Letzteres ist bei eisernen Schiffen nicht so einfach. Das jetzt fast ausschließlich zum Schiffbau verwendete Eisen nimmt Magnetismus auf und erzeugt eine Ablenkung der Magnetnadel, die unter Umständen so bedeutend ist, daß die Kompaße einer sogenannten Kompensation durch Anbringung von korrigirenden Magneten oder von Eisenkugeln und Eisenstängen bedürfen, die von Erdmagnetismus magnetisch induzirt sind, weil sie ebenfalls, abgesehen von der falschen Richtung, in die die Magnetnadel weist, sogar mehr oder weniger ihre Richtkraft verlieren. Da ein Theil des Magnetismus der Eisenschiffe permanent ist, ein anderer Theil nur von der zeitweiligen Induktion durch das Erdmagnetismus herrührt, und diese Theile mit dem Ortswechsel oder mit der Zeit nach verschiedenem Gesetz der Aenderung unterworfen sind, so richtet sich die Art der zu wählenden Kompensation (Magnete oder weiches Eisen) ganz nach der Natur der magnetischen Einwirkungen, denen der Schiffskörper unterliegt, und es sind diese magnetischen Einwirkungen demnach durch magnetische Untersuchungen und darauf gegründete Berechnungen zu analysiren. Es ist auf diese Weise eine eigene Wissenschaft entstanden, durch deren Ausübung und Anwendung für die Praxis es erst möglich geworden ist, eiserner Schiffe, insbesondere Panzerschiffe, mit brauchbaren Kompassen zu versehen. Die Instrumentendepots stellen die magnetischen Koeffizienten der Schiffe an den verschiedenen Kompaßorten fest und haben nach Anweisung des hydrographischen Amtes, welches über jedes Schiff besondere magnetische Kontrollbücher führt, die Kompaße zu reguliren.

Von dem Admiral Courbet sind nach den jüngsten telegraphischen Mittheilungen aus Paris keine

Nachrichten darüber eingetroffen, daß die über London signalisirte Befehlsung von Kelung erfolgt wäre. Vielmehr nimmt man an, daß die militärischen Operationen gegen China zunächst durch schlechtes Wetter verhindert werden. In „Times“ wird hervorgehoben, daß der Admiral erst nach Beendigung der Landung, sobald die Truppen sich in ihren neuen Positionen befinden, Nachrichten an das Ministerium gelangen lassen würde. Wenn andererseits von chinesischer Seite verläutet, daß in den letzten Monaten 15,000 Mann chinesischer Truppen in Kelung eingetroffen sind, so würden die Operationen des Admirals Courbet dadurch im Hinblick auf die geringe Leistungsfähigkeit der chinesischen Soldaten kaum eine Verzögerung erfahren. Inzwischen ist in Tonkin ein neuer Zusammenstoß zwischen den Franzosen und regulären chinesischen Truppen erfolgt. Hierüber liegt folgende telegraphische Mittheilung vor:

Paris, 4. Oktober. Die „Agence Havas“ meldet aus Hanoi von heute, die Kanonenboote „Mouqueton“, „Massue“ und „Hague“, welche vor dem Maréchal der Truppen das Thal von Lochnan rekonstruiren wollten, sind von regulären chinesischen Truppen angegriffen worden und haben hierbei Verluste erlitten. Ein Offizier wurde getödtet und 30 Mann leicht verwundet. Verstärkungen sind angekommen, andere früher dort stationirte Truppen verlassen Hanoi mit dem General Negrier.

Andererseits tauchen die Gerüchte von einem bevorstehenden Ausgleich zwischen Frankreich und China stets von neuem auf. Wenn in diesen Tagen von einer Vermittlung der Vereinigten Staaten die Rede war, so wird in dieser Beziehung telegraphisch mitgetheilt:

Washington, 3. Oktober. Der hiesige Gesandte in China besuchte kürzlich die amerikanischen Konsulate in China und hatte bei dieser Gelegenheit in Peking eine Unterredung mit Li Hung-shang, er hielt indessen, wie bestimmt versichert wird, keine Instruktion, irgend ein Gesuch Frankreichs um eine Mediation zu übermitteln. Der Gesandte hatte bereits vorher mehrere Konferenzen mit Li Hung-shang, um zu ermitteln, ob China geneigt sei, Schritte zur Beilegung der Differenzen mit Frankreich zu thun. Der jüngste Besuch hatte denselben Zweck, aber weder Frankreich noch China haben die Mediation Amerikas nachgesucht.

Wilhelmshaven, 2. Oktober. Auf der kaiserlichen Werft herrscht zur Zeit ein überaus reges Leben, so daß sämtliche technische Räder mit Arbeiten derartig überbürdet werden, daß die vorgeschriebene tägliche Arbeitszeit durch Ueberstunden in fast sämtlichen Abtheilungen vergrößert werden muß. Namentlich werden die Arbeitstische des Schiffbauwerks durch die Reparatur der Korvette „Sophie“, durch die Einrichtung der Torpedowarnung für die Panzerregalen „Arctik“, „Paz“, „Argo“, „Korwin“, sowie für den geländeten Schiffbauern macht sich daher momentan auf das empfindlichste fühlbar und es werden von Seiten der Werft große Opfer gebracht, Schiffbauer heranzuziehen. Die Arbeiten an dem Neubau für den Ersatz des Schiffes „Victoria“ haben daher nur verhältnismäßig geringe Fortschritte gemacht und mußten während der Frühjahr- und Sommerperiode theilweise wegen Mangel an Arbeitskräften unterbrochen werden, indem die vorhandenen für die dringenden Arbeiten, als Instandsetzung und Reparatur von aktiven Schiffen, gänzlich in Anspruch genommen wurden. Es ist sogar zu erwarten, daß bei der jetzigen Lage der Dinge der oben erwähnte Neubau im Winter ganz und gar stillstehen wird. Obwohl vom Chef der Admiralität für thätige Schiffbauern bereits ein höherer Lohnsatz bewilligt worden ist, ist der Bedarf von solchen noch bei weitem nicht gedeckt. Es bietet sich daher für gute Schiffbauern, die namentlich auch den Bau eiserner Schiffe erlernen haben, auf der hiesigen Stastewerft nicht allein dauernde und durchaus lohnende Beschäftigung, sondern es ist, namentlich den jüngeren Kräften, auch Gelegenheit geboten, durch den unentgeltlichen Besuch der Werftschule sich theoretisch weiter zu bilden und sich je nach Qualifikation in verhältnismäßig kurzer Zeit zum Arbeiter, Werkführer und Werkmeister hinaufzuarbeiten und damit eine sichere Existenz und uswiderrückliche Stellung im Staatsdienste zu erwerben.

Das zur Zeit auf der Bauwerft liegende Artilleriegeschulsschiff „Maro“ erhält außer einer Dampfheizung auch noch eine elektrische Beleuchtung für sämtliche Schiffsräume. Die Einrichtung wird von der Firma Siemens und Halske gemacht, welche gleichzeitig die großartige Anlage für die elektrische Beleuchtung der kaiserlichen Werft baut.

Um in Krüge- und Havariiefällen eine möglichst schnelle, sichere und bequeme Doolung vornehmen zu können, wird für die Marinestation der Nordsee jetzt ein schwimmendes Dock erbaut, welches im Stande ist, die schwersten Panzerschiffe aufzunehmen zu können. Die Beschaffung eines Schwimmdocks ist für Wilhelmshaven eine unbedingte Nothwendigkeit, indem das Durchschleusen von Schiffen, von der Riede zu dem Trockendock der Bauwerft, nur zur Hochwasserzeit vorgenommen werden kann, und im Falle einer Havarie jede verlorene Minute die Gefahr einer Ausforderung liegt die Soble der alten Hafeneinfahrt so hoch, daß es den größeren Panzerschiffe, bei einmaligem Red und dadurch hervorgerufenem größerem Tiefgange, die Schleusen selbst bei Hochwasser nicht passieren kann. Die Soble der jetzt nahezu fertig gestellten Seeschleuse der zweiten Hafeneinfahrt ist aus diesem Grunde so tief gelegt, daß ein veraltetes Hinderniß nicht möglich ist und die Kammer der Schleuse gleichzeitig so eingerichtet, daß sie als Nothdock benutzt werden kann. Das Flußthor bildet alsdann den Abfluß nach der See, während das Hafenwasser durch ein vorgelagertes Ponton abgelassen wird. Der Bau des neuen Schwimmdocks ist der „Guten Hoffnungshütte“ übertragen, welche von den dreien sich an der Kon-

turen beteiligten Firmen die billigste war und schon bedeutende Lieferungen für die kaiserliche Werft gemacht hat.

Ausland.

Paris, 2. Oktober. Die „Debat“ nehmen eine Reihe von Artikeln den Mandarinen des 7. und 8. b e u t s c h e n Armeekorps am Rhein. Der erste derselben, der heute erscheint, schließt folgendermaßen: „Was mich am meisten bei der Parade von Webersinghoven betrafen hat, das ist wahrlich nicht die schöne Haltung der Soldaten unter den Waffen, noch auch die zum Verwecheln bringende Korrektheit ihrer Bewegungen: es ist die münchliche und großartige Haltung des alten Kaisers, der es sich nicht nehmen ließ, dem Defilee seiner Truppen von Anfang bis zum Ende beizuwohnen, und volle vier Stunden auf seinem Pferde blieb, ohne herunterzuspringen, trotz seiner 87 Frühlingsjahre. Welch' erhabenes Schauspiel bietet bei alledem dieser Souverän, überreich an Jahren und Reife, täglich seinem gerührten Volke und dem überaus reichen Europa, der nicht zugiebt, daß ihm sein hohes Alter auch nur der geringsten Verpflichtung seines „Mitters eines Königs“ entbinde, der bis ans Ende das Beispiel der Pflächterfüllung und der Achtung vor der Dignität giebt und der, wie ein römischer Imperator, stehend sterben wird!“

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 5. Oktober. Die gestrige Mondfinsterniß war in unserer Gegend nur am Anfang zu beobachten. Am Abend war der Himmel zwar vollständig klar und ließ erwarten, daß eine genaue Beobachtung möglich sein würde, doch noch ehe der Schatten der Erde in die Mondscheibe trat, zog leichtes Gewölke auf, durch welches man nur zeitweise die Entwidlung der Finsterniß beobachten konnte. Gegen 10 Uhr, noch ehe die totale Mondfinsterniß eintrat, verschwand der Mond hinter dicke Wolken. Um 12 Uhr sahen wir den Mond, nachdem sich das Gewölke etwas lichtet, allmählig wieder hervortreten und kurz vor 1 Uhr strahlte derselbe wieder in seinem vollen Glanze.

Von dem Vorstand des deutschen Privatbeamten-Vereins war für gestern Abend eine Versammlung einberufen, zu welcher alle Privatbeamten Stettins und der Umgegend eingeladen waren. Es hatten sich ca. 150 Personen eingefunden, unter denen besonders die Beamten des „Vulkan“ zahlreich vertreten waren. Herr N. Schney aus Magdeburg, ein Vorstandmitglied des obgenannten Vereins, referirte über die Vertheilung des Vereins. Er hob hervor, daß sich bereits alle Klassen vereint hätten, um durch gemeinsames Vorgehen ihre Lage zu verbessern, nur die Privatbeamten seien bisher zurückgeblieben. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, hat sich der Verein Magdeburg der obige Verein gebildet und habe lands ca. 2400 Mitglieder gewonnen. Der Verein bezweckt in Besonderen die Erleichterung von Pensionen, Ser- und Lebens-Versicherungen und Sterbekassen, ferner die Begründung eines Fonds zur Unterstützung krankhafter oder durch Krankheit in der Familie heimgegangener Mitglieder, sowie die Unterstützung von Wittwen und Waisen verstorbener Mitglieder. Jedes eingetretene Mitglied zahlt 3 Mark Eintrittsgeld und 1,50 Mark pro Vierteljahr. Nach dem Vortrag wurde beschloßen, hieselbst unter dem Namen „Deutscher Privatbeamten-Verein, Zweig-Verein Stettin“, einen Zweigverein zu begründen, zu dem jetzt 44 der Anwesenden beiträten. In den Vorstand wurden die Herren E. G. Biermann, Vorsitzender, Adolf Neemann, dessen Stellvertreter, Fr. H. H. H. K. K. K., dessen Stellvertreter (sämtlich Vorkassebeamte), Bureauvorsteher E. K. K., Schriftführer, Bureauvorsteher A. K. K. K., dessen Stellvertreter, gewählt.

Die am 13. d. M. beginnende 3. und letzte diesjährige Schourgerichtsperiode dürfte ca. 14 Tage in Anspruch nehmen. Bis jetzt sind folgende Strafsachen zur Verhandlung angesetzt: Am 13. Oktober wider den Arbeiter Aug. Wilh. Beyer und den Ziegeleiarbeiter W. H. A. A. A. wegen Raubes resp. Beihilfe zum Raube und wider den Schaufmacher H. Schuchow wegen Nothzucht; am 14. Oktober wider den Schneidermeister Treptow von hier wegen wissenschaftlichen Diebstahls und wider den Arbeiter Wilh. Schockey wegen Straßenraub; am 15. Oktober wider den Arbeiter Rob. Ludwig Riklowitz wegen Raubes und Nothzucht und wider den Milchwäcker Karl Dallmann wegen Nothzucht; am 16. Oktober wider den Tischlermeister Ferd. Schröder aus Basswald wegen Meineides und wider den Arbeiter Aug. Zuhler von hier wegen Meineides; am 17. Oktober wider den Schachmeister Carl Fr. Theodor Schmidt aus Döberan wegen Meineides.

Der Amtsgerichtsrath A. A. A. in Kolberg ist an das Amtsgericht in Greifswald versetzt und der Amtsrichter Dr. F. F. F. in Greifswald in Folge seiner Ernennung zum ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der Universität Greifswald aus dem Justizdienst ausgeschieden.

Den sogenannten Wälschschreibern wird jetzt seitens der Behörden etwas schärfer auf die Fingergesehen werden. Nach dem Abdrucksgesetz vom 1. Juli 1883 zur Reichs-Gewerordnung kann die gewerbsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmender Geschäfte, insbesondere die Abfassung des darauf bezüglichen schriftlichen Auftrages untersagt werden, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in Bezug auf diesen Gewerbetreiblichen darthun. Wer der gegen ihn ergangenen Unterjagung des Gewerbetreiblichen zuwider handelt, wird nach § 48 Nr. 4 der Reichsgewerordnung mit Geldstrafe bis zu 150 Mark und im Unvermö-

gensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft. Ueber die Unterjagung des Betriebes des fraglichen Gewerbes entscheidet nach § 119 des Zustandigkeitengesetzes vom 1. August 1883 (Ges.-Samml. S. 237) der Reichsausschuß auf Klage der zuständigen Behörde. Die Vollst. h. b. b. sind streng angewiesen worden, das Treiben jener Leute aufs strengste zu kontrolliren und event. mit der Klage beim Reichsausschuß gegen dieselben vorzugehen.

Der Postdampfer „Atlantia“ ist mit Passagieren und Ladung in Stettin von Kopenhagen am Donnerstag früh eingetroffen und mit Passagieren und Ladung am Sonnabend Mittags nach Kopenhagen zurückgegangen.

In der Woche vom 28. September bis 4. Oktober sind in der hiesigen Volksküche 1792 Portionen verabreicht.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Margarethe.“ Große Oper in 4 Akten. Belle-vue-theater: „Der Raub der Sabinerinnen.“ Schwank in 4 Akten. Montag: Stadttheater: „Der jüngste Leutnant.“ Posse mit Gesang in 4 Akten.

Vermischte Nachrichten.

Budapest, 30. September. Die neue Oper war, wie das „N. W. Z.“ berichtet, heute Abend großer Gefahr ausgesetzt. Gegen halb 9 Uhr Abends begann das dritte Haus von der Oper gegen das Stadtwaldchen zu brennen; ein Meer von Blumen und Funken zudte empor, und obgleich vollkommen Windstille war, wurden doch viele Funken bis zur Oper getragen. Die Feuerwehr eilte rasch herbei; nach einer halben Stunde war Alles gelöscht und jede Gefahr vorüber. Die Nachricht, die Oper brenne, hatte sich blitzschnell in der ganzen Stadt verbreitet und eine unbeschreibliche Menschenmenge erfüllte rasch die ganze Radialstraße. Selbst in der Nähe der Oper verbreitete sich eine solche Angst, daß Graf Julius Andrássy einen an seinem eigenen Palats vorerhaltenen Feuerwehrautos anhielt, auf den Bedienung und so im raschen Galopp nach wenigen Sekunden auf der Brandstätte anlangte, wo gütlicher Weise wenig Gefahr mehr war. Im Theater befand sich die Ehegattin Marie Valerie. In der Oper hatte Niemand eine Ahnung von dem Vorfalle, da die Direction nicht die geringste Nachricht in der Saal gelangen ließ, um keine Panik zu erwecken. Wer während des Zwischenaktes das Haus verlassen durfte, nicht mehr zurüd. Nicht eine einzige Meldung kam somit in den Saal und die Vorstellung wurde in bester Ordnung zu Ende geführt.

(Ein komischer Mißgriff.) Große Heiterkeit erregte im hiesigen Abgeordnetenhause bei der Prüfung der Hypothek, daß der Abgeordnete Robt. B. B. die Wahlprotokolle die Rechnung für das den Wahlprotokollen ausstehende Einreichung einreichte.

(Ein Bonmot über die Chinesen.) Der Palmiston jagte eines Tages im Gespräch über die Chinesen: „Welche Energie soll man von einer Bolke erwarten, das nicht einmal Abfälle an die Schuben trägt!“

Paßor: Guten Tag, Nikolau, wie seht denn das junge Ehepaar bei Euch? — Nikolau: Wie ein Paar Nachtigallen, nur grade umgekehrt. Paßor: Wie so? — Nikolau: In sehen Sie Herr Paßor, bei den Nachtigallen da schlägt die Männchen, aber bei den Jungen da drinnen schlägt das Weibchen.

(Zweierlei Entstellungen.) Eingestricheltes Mathematikler: „Herr Kollege, ich kann Ihnen sagen, bei dem Anblick einer Tafel läßt mich förmlich das Herz vor Freude.“ Schulamtslandtags: „Ach, es muß aber eine gedebte sein.“

(Bevollmächtigt Namensänderung.) Frau W. W. Schenk, Wittwe des Hugo Schenk, erhielt die Bewilligung zur Aenderung ihres Namens in Starl.

Telegraphische Depeschen.

Kopenhagen, 4. Oktober. Der Brand des Schlosses Christianburg wurde noch im Laufe der Nacht beendet. Große Rauchschwäbe, darunter von Thoralvosen, ferner das Archiv des Reichstags sind verbrannt. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Kronen geschätzt. Die Schlosskirche und das Thoralvosen-Museum blieben, obwohl stark bedroht, unverletzt. Der König und der Kronprinz waren bis Mitternacht auf der Brandstätte anwesend.

Petersburg, 4. Oktober. Der „Regierungsanzeiger“ veröffentlicht eine Verfügung des Zolldepartements vom 25. v. M., nach welcher die Kupfer- und die gezogenen Stücke der Anleihe von 1884 inannehmbar bei Zollzahlungen erklärt werden.

Rom, 3. Oktober. Ein Hirtendiebstahl des Kardinals der Diöcese Rom, Kardinal Barocchi, erklärt die von dem früheren Prälaten Campello und Savarese hier gegründete katholisch-italienische Kirche für eine legerische, gleich jener des Paters Hyacintho, wovon sie eine Nachbildung sei, und verbietet die Diözesanen, unter Androhung der höheren Exkommunikation, sich derselben anzuschließen oder deren Zentren bewohnen.

London, 4. Oktober. Ein Kabinetsthat ist für Dienstag, den 7. d. M. anberaumt.

Graf Herbert Bismarck ist aus Schottland hier zurückgekehrt.

Stenografie!

Unser Herbstkursus beginnt Dienstag, 7. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr bei Friedrich-Wilhelms-Schule. Honorar Mk. 5 inkl. Lehrmittel. Gabelberger Stenografen-Verein. Ed. Dischler, Lindenstraße 2, 3 Treppen.